

wegen Interessentendrucks oder aus wahltaktischen Überlegungen nicht in den Kram passen, zu ignorieren... Wir dürfen uns nicht wundern, wenn die Bundesregierung in zunehmendem Maße ungläubwürdig wird."

Da die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ den Vorzug genießt, vom Bundeskanzler beim Frühstück gelesen zu werden, gab Adenauer seinem Staatssekretär Globke den Auftrag, nach dem Beamten zu fahnden, der „gequatscht hat“. Bis jetzt indes haben Globke und die Personalreferenten ihn noch nicht gefunden.

## SCHWERBESCHÄDIGTE

### Quasi-Steuer

Seit mehr als Jahresfrist warten die westdeutschen Arbeitgeber darauf, daß sich der Bundestagsausschuß für Kriegsofferfragen mit einem Gesetzesentwurf befaßt, der sie von einer ebenso zopfigen wie ungerechten Abgabe befreien soll. Unter der Drucksache 1256 und „mit der Bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen“, übergab das Kabinett dem Parlament am 1. Oktober 1959 den „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schwerbeschädigtengesetzes“.

Die Vorlage wanderte alsbald in den Kriegsofferausschuß, wo sie nunmehr unangetastet ein zweites Mal überwintern dürfte. Dabei handelt es sich um einen Entwurf, dem nach eindeutiger Auffassung eine gewisse Eilbedürftigkeit nicht abzuspüren ist.

Theo Blanks Bundesarbeitsministerium hatte die Neufassung denn auch mit Vorrang fertiggestellt, nachdem erwiesen war, daß dem derzeit gültigen Schwerbeschädigtengesetz aus dem Jahre 1953 eine Reihe gravierender und für viele Gewerbebetriebe recht kostspieliger Mängel anhaften.

Jenes Schwerbeschädigtengesetz verpflichtet nämlich öffentliche wie private Arbeitgeber, einen genau fixierten Anteil Schwerbeschädigter zu beschäftigen. So sind öffentliche Körperschaften, Banken, Versicherungen und Bausparkassen gehalten, wenigstens zehn Prozent ihrer Arbeitsplätze mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Für alle übrigen Betriebe mit mindestens sieben Beschäftigten beträgt die Auflage acht Prozent. Kommt ein Arbeitgeber dieser Vorschrift nicht nach, so muß er laut Paragraph 9 des Gesetzes für jeden nicht besetzten „Pflichtplatz“ eine Ausgleichsabgabe von monatlich 50 Mark an die Fürsorge zahlen.

Der Gesetzgeber betrachtete diese Abgabe „als wirksamen Motor für die Erfüllung der Beschäftigungspflicht“. Die Aus-

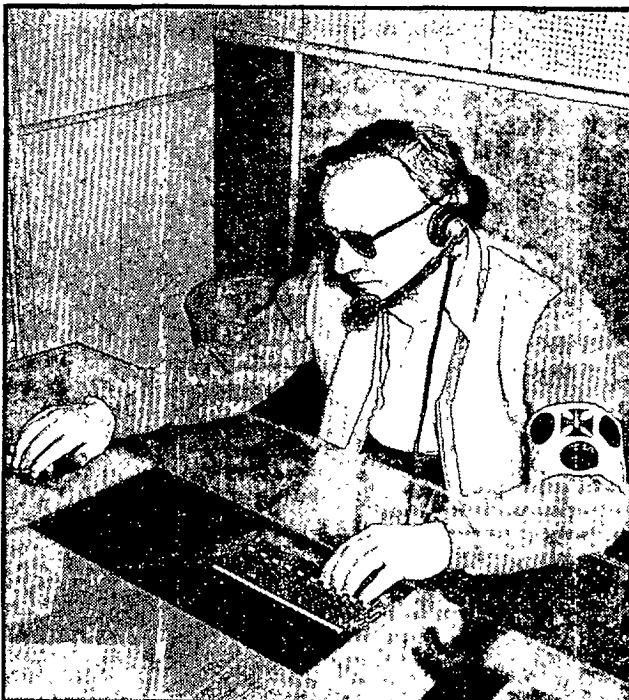
gleichsabgabe, so heißt es im Gesetzeskommentar, „hat nicht den Zweck, dem Staat eine Einnahmequelle für Versorgungsleistungen zu verschaffen oder die Aufbringung der Mittel... auf die Wirtschaft abzuwälzen“.

Zu eben dieser lukrativen Einnahmequelle hat sich jedoch die Ausgleichsabgabe seit 1953 entwickelt. Und das nicht etwa deshalb, weil die westdeutschen Arbeitgeber sich gegen die Einstellung Schwerbeschädigter gesperrt hätten, sondern weil die Zahl der von den Arbeitsämtern nachgewiesenen Schwerbeschädigten von Jahr zu Jahr zurückgegangen, die Zahl der Arbeitsplätze aber, und damit auch der Pflichtarbeitsplätze, enorm gestiegen ist.

Nach der letzten Betriebserhebung der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung standen zum 1. November 1959 304 732 unbesetzten Pflichtplätzen in den Betrieben des Bundesgebiets nur noch 9184 arbeitslose Schwerbeschädigte gegenüber. Auf jeden arbeitsuchenden Schwerbeschädigten entfielen mithin 34 freie Arbeitsplätze. Die Zahl der unbeschäftigten Schwerbeschädigten ist überdies bis zum 31. Juli 1960 auf 6347 gefallen.

Ohne Verschulden der Unternehmer ist mithin das Aufkommen aus der Ausgleichsabgabe nach dem Zwickmühlen-Prinzip angestiegen: Firmen, die sich um Schwerbeschädigte bemühen, werden vom Arbeitsamt zumeist abschlägig beschieden. Wenn sie deshalb den vorgeschriebenen Schwerbeschädigten-Proporz nicht einhalten können, werden sie jedoch jenen Unternehmern gleichgestellt, die vorsätzlich keine Beschädigten aufnehmen wollen. Die Ausgleichsabgabe des Paragraphen 9 trifft mithin nahezu jeden Arbeitgeber. Insgesamt kamen bis jetzt über 70 Millionen Mark als Quasi-Steuer zusammen.

Um zu verhindern, „daß die Ausgleichsabgabe über diese Funktionen (Anreiz zur Beschäftigung Schwerbeschädigter) hinausgreift, und etwa zur Steuer oder zur Strafe wird“, legte die



Schwerbeschädigter Telephonist: Fürsorge für den Fiskus

Bundesregierung 1959 ihren Reformentwurf vor. Sie empfahl,

- ▷ einen großen Teil der Kleinbetriebe (bis zu neun Beschäftigten) von dem Zwang zur Bereitstellung von Pflichtplätzen zu befreien;
- ▷ die Pflichtsätze für Banken, Versicherungen sowie Bausparkassen von zehn auf acht Prozent und für die übrigen Betriebe von acht auf sechs Prozent zu senken;
- ▷ die Verwaltung zu ermächtigen, die Pflichtsätze gegebenenfalls bis auf vier und für einzelne Wirtschaftszweige bis auf zwei Prozent herabzusetzen.

Indes, der stichhaltig begründete Reformvorschlag blieb über ein Jahr lang im Kriegsofferausschuß hängen, während der Arbeitgeber über die Ausgleichsabgabe weiter geschöpft wurden.

Zwar kramten die Ausschußmitglieder, die zum großen Teil bei den Kriegsoffer- und Zivilbeschädigten-Verbänden hauptamtlich tätig sind, jüngst die Drucksache 1256 für kurze Zeit aus ihren Schubladen hervor. Trotz des großen Zeitverlustes konnten sie sich aber zu einem Beschluß nicht durchringen. Der Ausschuß befand es für richtig, jetzt auf mehreren Besichtigungsreisen das vermeintliche Problem erst einmal zu studieren.

## PARTEIEN

### SPD-BOGLER

#### Kennwort Apfel

Im Eisenwerk H. W. Gehlen KG. zu Kaiserslautern klingelte das Telefon. Der Anrufer tat sehr geheimnisvoll und weigerte sich, seinen Namen zu nennen: Er habe lediglich den Auftrag, dem Ingenieur August Zinßmeister zu bestellen, er könne „den Sack Apfel abholen“.

Das telephonische Angebot kam weder von einem Obsthändler noch von einem Kleingärtner, sondern von einem prominenten sozialdemokratischen Funktionär. Franz Bögler, Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, hatte mit Zinßmeister nach Geheimbündler-Manier verabredet, er werde ihn durch das Apfel-Kennwort zu einem Treff im Kaiserslauterner SPD-Haus abrufen.

Nach Couleur und Reputation unterscheiden sich die Partner dieses diskret arrangierten Rendezvous erheblich:

▷ Bögler, 1933 emigriert, wird von Freund und Feind als der „rote Kurfürst der Pfalz“ apostrophiert. Als Parteichef und Vizepräsident des Landtags führt er die Opposition gegen den christdemokratischen Ministerpräsidenten Altmeyer an. Im Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz\* ist er seit 1949 Vorsitzender. Neben diesen politischen Posten sicherte sich Bögler auch ökonomische Macht: Er ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der Pfalzwerke AG (Bilanzsumme: 250 Millionen Mark);

▷ Zinßmeister, 1949 in Frankreich als SS-Hauptscharführer zum Tode verurteilt, später begnadigt und 1955 ent-

\* Der Bezirksverband Pfalz umfaßt das Gebiet des Regierungsbezirks Pfalz. Sein Organ — der Bezirkstag — tritt zweimal jährlich zusammen.

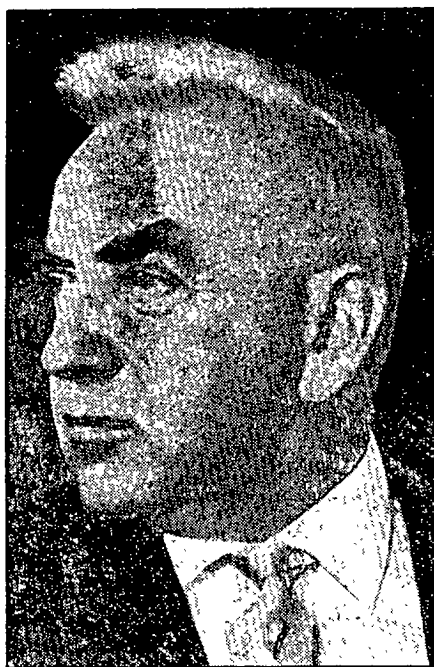
lassen, ist politisch in der Deutschen Reichspartei (DRP) beheimatet. Eine Blitz-Karriere führte ihn an die Parteispitze in der Pfalz.

Alt-Sozialist Bögler und Neu-Demokrat Zinßmeister konferierten eine Stunde lang. Anlaß ihres Gespräches war das Resultat der pfälzischen Wahlen im Oktober: Erstmals marschierte die DRP mit zwei Abgeordneten, darunter Zinßmeister, in den Bezirkstag ein. Zwischen den feindlichen Blöcken der SPD mit 13 und der CDU-FDP mit 14 Sitzen sind sie zum Zünglein an der Waage geworden.

SPD-Bögler und DRP-Zinßmeister hatten verschiedene Gründe, das Geheimnis ihrer Zusammenkunft zu wahren: Der Sozialdemokrat fürchtete parteipolitische Schwierigkeiten mit seinen Genossen, der Rechtsradikale hingegen betriebsinterne Differenzen. Sein Arbeitgeber Dr. Hermann-Walter Gehlen gilt als ein ebenso hintergründig wie erfolgreich wirkender CDU-Politiker.

Die Bemühungen des roten und des schwarzweißroten Parlamentariers, ihre Kontakte zu verbergen, scheiterten jedoch. Die geheime Zweier-Konferenz wurde schon am nächsten Tage publik.

Der CDU kam die Aufdeckung der Begegnung gelegen. Schon seit 1949 steht



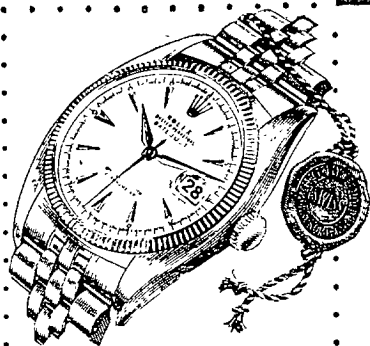
Pfälzischer SPD-Chef **Bögler**  
Geheimbund mit der DRP?

Bögler auf der Abschußliste der Christdemokraten um Altmeier.

Damals hatte der SPD-Chef Altmeiers Ansinnen zurückgewiesen, das Amt des pfälzischen Oberregierungspräsidenten gegen den mit 36 000 Mark jährlich dotierten, aber politisch weniger gewichtigen Posten des Generaldirektors der Pfalzwerke einzutauschen. Kurzerhand realisierte Altmeier seine Offerte zur Hälfte auch ohne Böglers Zustimmung: Er entließ ihn aus dem Amt des Oberregierungspräsidenten.

Verärgert scherten die Sozialdemokraten aus der schwarz-roten Koalition aus, die dem CDU-Boß Altmeier so lange das Regieren — ohne Kritik

# Die Großen der Gegenwart tragen Rolex-Uhren!



- Die Rolex Datejust, Luxus-Modell 6605, ist durch das patentierte Oystergehäuse absolut luft- und wasserdicht verschlossen. Sie zieht sich selbsttätig auf und zeigt durch einen Ausschnitt im Zifferblatt automatisch das Datum — vom „Zyklop-Auge“ 2 1/2mal vergrößert! Die Uhr ist mit einem amtlich geprüften Chronometerwerk ausgerüstet.

- Die Datejust erhalten Sie in feinstem Edelmetall und auch in 18 K Gold.

- Rolex-Modelle in verschiedenen Ausführungen sind auch in Deutschland in führenden Fachgeschäften erhältlich. Fordern Sie unseren Spezialitätenkatalog an, damit Sie Ihr Modell in Ruhe auswählen können.

Taglich hören oder lesen Sie von den Prominenten, in deren Händen die großen Entscheidungen des Weltgeschehens liegen. Was sie sagen und tun, geht uns alle an. Die Namen dieser großen Männer sind Ihnen vertraut wie Ihr eigener, und von den Bildreportagen der Zeitungen und Wochenschaun wissen Sie, wie sie aussehen, sich kleiden und wie sie leben.

Sie werden ihnen immer wieder begegnen, und wenn Sie sich die kleine Mühe machen, sie genau zu betrachten, wird es Ihnen nicht entgehen, daß sie fast alle eine Armbanduhr tragen. Und diese Uhr ist in den meisten Fällen eine Rolex!

Die Tatsache, daß sich die höchste Prominenz der Welt bei ihrem verantwortungsvollen Handeln auf die Präzision einer Rolex verläßt, ist mehr als eine Empfehlung! Die Rolex wird diesen „allerhöchsten“ Ansprüchen in jeder Weise gerecht.



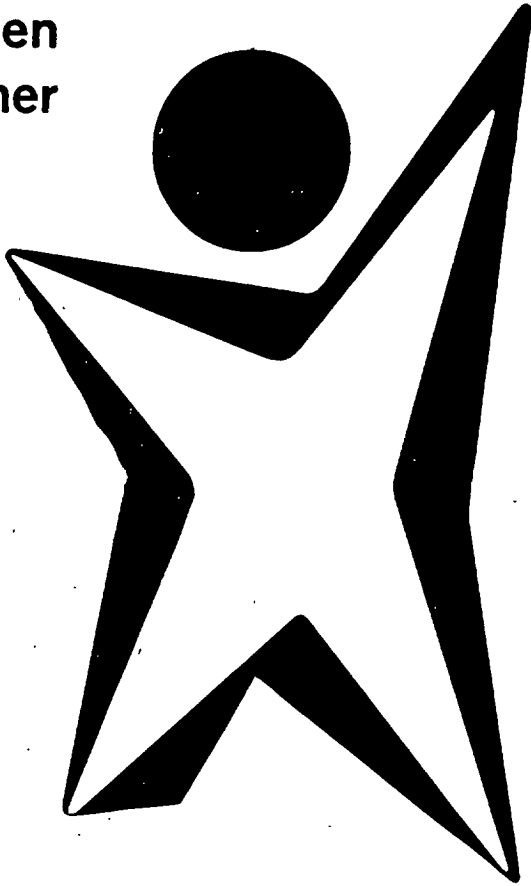
## ROLEX

Ein Markstein in der Geschichte der Zeitmessung

Die weltbekannten Tudor-Uhren sind eine Zweigfabrikation von Rolex-Genf.

Rolex Uhren AG, Genf/Schweiz (Gründer H. Wilsdorf) Rolex Uhren G.m.b.H., Köln/Rh., Burgmauer 6

**Gutes  
Licht  
macht  
das Leben  
freundlicher**

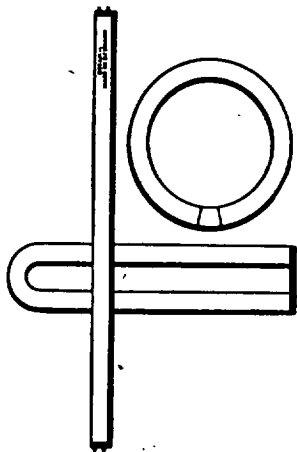


Übrigens:  
OSRAM-Leuchtstoff-Lampen  
(L-Lampen) sind bis zu 6 mal  
heller als Glühlampen gleicher  
Wattstufen. Mit ihren 9 Licht-  
farben, verschiedenen Abmes-  
sungen und Leistungsstufen  
lassen sich viele individuelle  
Beleuchtungswünsche erfüllen.

**OSRAM**

— hell wie der lichte Tag

Und noch eins: Licht ist wirklich billig!



5000-18

von links — zu einem angenehmen  
Geschäft gemacht hatte.

Ex-Oberregierungspräsident Bögler  
aber wurde den Christdemokraten fort-  
an so unbequem, daß sie emsig nach  
Makeln in seiner Amts- und Lebens-  
führung fahndeten. Einige Staatsan-  
wälte und das pfälzische Wahlvolk wur-  
den von CDU-Funktionären darauf ver-  
wiesen, daß Bögler sich für sein Eigen-  
heim unberechtigt 7c-Gelder verschafft  
habe und mit Dienstwagen der Pfalz-  
werke 400 000 Kilometer privat gefah-  
ren sei.

Doch weder die staatlichen Ankläger  
noch die sozialdemokratischen Wähler  
ließen Bögler in die von der CDU ge-  
stellten Fallen stolpern.

Konnten die Christdemokraten schon  
Böglers erneuten Einzug in Landes-  
und Bezirks-Parlament nicht verhin-  
dern, so wollten sie ihn nun zumin-  
dest vom Präsidenten-Stuhl im Bezirks-  
tag vertreiben. Die CDU und die FDP  
als ihr Koalitions-Anhängsel ließen  
Ende November verlauten, daß sie der  
SPD den Vorsitz im Bezirkstag fűrder-  
hin nur unter einer Bedingung zuge-  
stehen wollten: Bögler dürfe für diesen  
Posten nicht wieder kandidieren.

Unerwartet wurde den Bürgerlichen  
im Kampf gegen Bögler Hilfe von des-  
sen eigenen Genossen zuteil. Die Em-  
pörung über Böglers DRP-Kontakte  
gipfelte in massiven Forderungen:

- ▷ Der SPD-Ortsverein Kaiserslautern  
wollte Bögler vor einen außeror-  
dentlichen Parteitag zitieren;
- ▷ der Ortsverein Zweibrücken forderte  
den Ausschluß des Rechtsabweich-  
lers aus der Partei;
- ▷ der SPD-Fraktionschef im Land-  
tag, Otto Schmidt, die Jungsoziali-  
sten in Kaiserslautern und der DGB-  
Landesbezirk distanzieren sich von  
Bögler.

Erst am Montag vergangener Woche  
wurden die partei-internen Gefahren  
von dem „roten Kurfürsten“ abgewen-  
det: Im feudalen Neubau der Partei-  
residenz zu Neustadt an der Weinstraße  
sprach ihm der Be-  
zirksvorstand sein  
„volles Vertrauen“  
aus.



Gehlen

CDU und FDP  
sahen damit ihre Hoff-  
nung zunichte ge-  
macht, den verhaß-  
ten Bögler durch eine  
SPD-Revolution zu Fall  
zu bringen. Den Bür-  
gerlichen blieb zudem  
die Sorge, daß der  
vergeblich attackierte  
SPD-Chef zu den  
zwölf Stimmen sei-  
ner Genossen auch  
noch die beiden DRP-Stimmen erhalten  
und so wieder zum Parlaments-Vorsit-  
zenden avancieren würde.

Vor acht Jahren war dem Bögler  
nämlich ein ähnliches Manöver ge-  
glückt. Damals schwenkten die beiden  
FDP-Abgeordneten zur SPD über und  
sicherten durch ihre Stimmen Böglers  
Wiederwahl.

Um eine Reprise dieses Coups mit  
rechtsradikalen statt freidemokratischen  
Statisten zu verhindern, nahmen die  
pfälzischen Altmeier-Vasallen nun sel-  
ber die Verbindung zu Zinßmeister auf,  
obwohl sie eben noch über Böglers Kon-

takte zu dem DRP-Funktionär gezetert hatten.

Allerdings gingen sie umsichtiger zu Werke als ihr sozialdemokratischer Vorgänger. Die FDP schickte ihre Emissäre dem DRP-Mann an den Arbeitsplatz, und die CDU bediente sich des Betriebs-Chefs Gehlen, der seinen Untergebenen zum Rapport bestellte.

Wenige Stunden nach dem Gespräch zwischen CDU-Arbeitgeber und DRP-Arbeitnehmer erklärte ein CDU-Sprecher in Mainz unaufgefordert, seine



Reichsparteiler Zinßmeister  
Audienz beim roten Kurfürsten

Partei habe mit der DRP kein Wort gesprochen.

Zinßmeister hingegen mochte sein Gewissen mit einem solchen Dementi nicht beschweren. Er bestätigte freimütig, daß ihm sein Chef Gehlen geraten habe, sich im Bezirkstag auf die bürgerliche Seite zu schlagen. Staunt Zinßmeister: „Ich mochte nur wissen, wer das verpetzt hat. Ich habe es außer Vertrauten niemandem erzählt.“

Auf die Frage, ob er und sein Parteikamerad sich am Donnerstag dieser Woche im Bezirkstag für SPD-Bogler oder für den bürgerlichen Kandidaten entscheiden werden, antwortet der von allen Parteien umworbene Zinßmeister mehrdeutig: „Wir werden demokratisch abstimmen.“

## ZEITGESCHICHTE

### REICHSKONKORDAT

#### Hitler klatschte

Hinter den verschlossenen Türen des vatikanischen Kongregationssaals ergriff Hitlers Vizekanzler Franz von Papen am 20. Juli 1933 um zwölf Uhr mittags den antik stilisierten Federkiel und unterzeichnete das Konkordat seines Führers mit dem Heiligen Stuhl.

Zur Bekräftigung der gelobten Vertragstreue überreichte der Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, der spätere Papst Pius XII., dem Abgesandten des Dritten Reiches das Großkreuz des päpstlichen Pius-Ordens. Papen dankte mit einer nahezu einen Meter hohen Rokoko-Statue der Madonna mit dem Heiligen Antonius aus der Potsdamer Porzellan-Manufaktur.

Die sensationelle Nachricht vom Abschluß des — auch heute noch gültigen — Reichskonkordats\* überschrieb der „Völkische Beobachter“ mit der Schlagzeile: „Anerkennung des jungen Reiches durch die zweitausendjährige Macht der Kirche.“ Und die parteiamtliche „NS-Korrespondenz“ triumphierte: „Damit ist dem verhängnisvollen Wirken des Zentrums... ein für allemal der Boden entzogen und ein Ende gesetzt.“

Das Verdienst, diesen doppelten Erfolg mit Zustimmung der römischen Kurie eingehandelt zu haben, nahm bislang der mit dem Pius-Kreuz dekorierte Franz von Papen für sich in Anspruch. Erst jetzt stellte sich heraus, daß Hitlers selbstbewußter Vizekanzler sich mit diesem angeblichen Bravourstück seiner diplomatischen Karriere fast 30 Jahre lang zu Unrecht gebrüstet hat.

Nicht Franz von Papen lockte die mißtrauischen Vatikan-Diplomaten auf den Leim des Dritten Reiches, sondern ein Mann, der sich bei der feierlichen Abschluß-Zeremonie diskret im Hintergrund der Szene gehalten hatte: der damalige Vorsitzende der deutschen Zentrums-Partei, Prälat Dr. Ludwig Kaas. Die von dem Historiker Rudolf Morsey veröffentlichten Tagebuch-Notizen und Briefe\*\* des 1952 verstorbenen Prälaten geben erstmals detaillierte Auskunft über die tätige Mithilfe, die der Zentrums-Vorsitzende beim Abschluß des Konkordats und bei der politischen Liquidierung seiner Partei leistete.

Ludwig Kaas, Sohn eines Handelsmannes aus dem frommen Trier, hatte sich durch seine in Rom abgeschlossene Theologie-Ausbildung und eine Professur für Kirchenrecht zu Bonn und Trier in den Augen nachwuchsbedürftiger Zentrumsleute für eine politische Karriere qualifiziert: Der hagere Priester mit dem kantigen Schädel und den stechenden Augen wurde von seinen Freunden am 8. Dezember 1928 auf den Präsidentensessel der Deutschen Zentrumspartei gehievt.

Die Wahl des Geistlichen — zum erstenmal in der Geschichte präsierte dem Zentrum ein Priester — hätte für die Partei zunächst nur günstige Folgen. Morsey: „Sie erhielt künftighin leichter als vor der Wahl das wohlwollende Plazet des Klerus, was sich vorteilhaft in den kommenden Wahlkämpfen auswirkte.“

Der neue Parteichef betätigte sich zudem als kompromißloser Gegner der politischen Rechten und speziell der braunen Bataillone Hitlers: Kaas am

\* Das Reichskonkordat regelt die Beziehungen zwischen Staat und Kirche, vor allem die Besetzung der kirchlichen Ämter und den Religionsunterricht an den Schulen.

\*\* Tagebuch 7.—20. April 1933 und Briefe zum Reichskonkordat. Ludwig Kaas — Franz von Papen. Aus dem Nachlaß von Prälat Ludwig Kaas. Herausgegeben von Rudolf Morsey. „Stimmen der Zeit“, Monatsschrift für das Geistesleben der Gegenwart; September, Oktober 1960.

